

Gespräch mit Klaus Staeck

»Demokratie verträgt keine Intransparenz«

Warum TTIP so gefährlich ist

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA hat eine Welle der Kritik und des Widerstandes ausgelöst. Im Gespräch mit Klaus-Jürgen Scherer erläutert Klaus Staeck, seit 2006 Präsident der Akademie der Künste in Berlin, wo er die zentralen Gefahren des Abkommens, vor allem für die Kultur, sieht und wie sich die SPD im Verhandlungsprozess positionieren sollte.

NG/FH: Warum soll man eigentlich jetzt über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa diskutieren, obwohl es noch gar nicht fertig auf dem Tisch liegt? Man kann doch schlecht mobil machen gegen etwas, was es noch gar nicht gibt? Wird da nicht viel Lärm um nichts gemacht?

Klaus Staeck: Nein, wenn es ausgehandelt auf dem Tisch liegt, ist es zu spät, und wann denn sonst, wenn nicht jetzt soll man über Dinge diskutieren, die sich auf unsere Gesellschaft einschneidend auswirken können. Die völlige Intransparenz der Verhandlungsführung der EU gibt Anlass zu äußerstem Misstrauen. TTIP soll nicht mehr verändert werden dürfen und als Blaupause für den gesamten Welthandel dienen. Noch rühmen wir uns der Demokratie. Das heißt, dass ein Mitwirkungsrecht nicht auf ein Absegnen so folgenreicher Bestimmungen beschränkt werden darf.

Es heißt, man solle erst einmal Verhandlungsergebnisse abwarten und könne dann darüber reden. Dann ist es zu spät, weil das Abkommen nicht mehr korrigierbar sein soll. Deshalb ist es keine gute Empfehlung, uns auf den Tag nach der Verabschiedung zu verträsten. Nach allem, was wir wissen und was uns vor allem

auch an Informationen aus Brüssel zugänglich ist, verhandeln die Amerikaner ja gar nicht. Sie dekretieren und legen immer neue Vorschläge auf den Tisch. In den bisher sechs Verhandlungsrunden haben sie sich keinen Millimeter bewegt. Das wissen wir von den in Brüssel unmittelbar am Prozess Beteiligten.

NG/FH: Das CETA Freihandelsabkommen mit Kanada ist fertig ausgehandelt. Ist damit das Kind nicht bereits in den Brunnen gefallen, viele US-amerikanische Unternehmen haben kanadische Dependancen. Zumindest kann man lesen, CETA würde als eine Art Blaupause für TTIP angesehen.

Staeck: Ja, CETA – so vermuten ja viele – wird TTIP durch die Hintertür sein. Wenn CETA leise über die Bühne geht und wir uns währenddessen alle nur auf TTIP konzentrieren, wird CETA das Einfallstor für all das schaffen, was wir an TTIP kritisieren. Amerikanische Firmen könnten kanadische Tochterfirmen gründen mit dem gleichen Ergebnis wie mit TTIP angestrebt. Deshalb ist es dringend notwendig, CETA sofort und mit der gleichen Intensität wie TTIP zu diskutieren.

Noch einmal zu den Einwänden, es sei noch zu früh, darüber zu sprechen: Das ist das schwächste Argument, weil gerade dieses Abkommen keine Revisionsmöglichkeiten zulässt. Es soll wie die römischen Gesetzestafeln in Stein gemeißelt sein – so wird das auch öffentlich dargestellt. CETA wurde genauso intransparent verhandelt wie TTIP. Offiziell kennen wir die Verhandlungsgrundlagen nicht. Hier sehe ich Parallelen zu TTIP. Bisher kann man sich nur illegal Zugang zu den Unterlagen ver-

schaffen. Das ist ein völlig undemokratischer Vorgang. Es wird immer behauptet, es gebe schon etliche Abkommen ähnlicher Art, für die sich in der Öffentlichkeit bisher auch niemand interessiert habe. Die Politiker sollten sich doch freuen, dass in Anbetracht eines derart folgenschweren Abkommens eine so breite öffentliche Debatte entstanden ist. Alles, was ich erfahre und was mir im Laufe der Zeit zugänglich geworden ist, verstärkt mein Misstrauen. Ich habe in einem Interview mit der ZEIT gesagt, dass das, was da ge-

Kultur und zur Wahrung der kulturellen Vielfalt brauchen.

NG/FH: Wir leben in einer Zeit, in der das Problem, wie wir diese kulturelle Vielfalt in der rasanten Digitalisierung retten können, immer virulenter wird – siehe Amazon. Was würde TTIP für die Kultur in der Mediengesellschaft des Internets bedeuten? Computerexperten, wie der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels Jaron Lanier, weisen ja darauf hin, dass auf rasante tech-

» TTIP muss eine umfassende Kulturausnahmeregelung enthalten, die auch zukünftige Entwicklungen einschließt. «

plant ist, der Siegeszug des Neoliberalismus wäre. Jetzt soll dieser Siegeszug durch vertragliche Absicherung für alle Beteiligten auch noch unabänderbar gemacht werden.

NG/FH: Audiovisuelle Medien und Kultur sind, so wird gesagt, herausgenommen. Dennoch reißt die Beunruhigung der Kulturszene nicht ab. Die Berliner Akademie der Künste, der Deutsche Kulturrat, das Goethe-Institut, der Buchhandel, viele Theaterintendanten, die Filmwirtschaft usw. artikulierten ihre Besorgnis. Viele Kulturschaffende unterstützen eine europaweite Bürgerinitiative, die Unterschriften für einen Stopp sammelt. Welche Befürchtungen haben die Vertreter der Künste und der Kulturpolitik?

Staeck: Auch die Deutsche UNESCO-Kommission und die Initiative Urheberrecht haben sich geäußert, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wahrung kultureller Vielfalt und der unabdingbaren Urheberrechte. Es wird oft argumentiert, man könne die Herausnahme der Kultur in einer Präambel festschreiben. Die ist jedoch für das Abkommen gar nicht vorgesehen. Im Übrigen würde sie auch nicht den Schutz garantieren, den wir für die

nologische Entwicklungen mit neuen Regelungen und Förderungen reagiert werden muss.

Staeck: Dank der Franzosen sind im EU-Verhandlungskatalog nur die schwer definierbaren »audiovisuellen Dienstleistungen« ausgeklammert. Das genügt aber nicht. Erreicht werden muss, dass auch künftige, durch neue technische Entwicklungen entstehende, audiovisuelle Dienstleistungen berücksichtigt werden. Der Erfindungsreichtum der amerikanischen Internetkonzerne und -dienstleister ist bekanntlich unbegrenzt. Wir dürfen uns daher nicht auf den Status quo festnageln lassen. Das bedeutet, wie Staatsministerin Monika Grütters deutlich gemacht hat: TTIP muss eine umfassende Kulturausnahmeregelung enthalten, die auch zukünftige Entwicklungen einschließt.

Im Übrigen blicken wir nicht nur auf unsere eigenen Interessen. Zur Kultur gehört im demokratischen Staat auch das geordnete Funktionieren des Parlamentarismus und der Rechtsprechung. Wir wollen deshalb sichergestellt sehen, dass im TTIP-Verhandlungsprozess keine Sondergerichtsbarkeit durch private Schiedsgerichte zugunsten der Konzerne geschaffen wird. Unerlässlich ist für uns auch, dass



Reiner Zensen

Bundestag, Bundesrat und Europaparlament dem Abkommen zustimmen müssen. Das gilt ebenso für die Unterzeichnung des CETA-Abkommens.

Die bloße Erwähnung des Wortes »Kultur« im Vertrag ist nicht entscheidend. Die revolutionären Veränderungen passieren im audiovisuellen Bereich. Hier sind die Begrenzlichkeiten der amerikanischen Konzerne besonders groß. Der Kampf geht nicht nur um die öffentliche Förderung des lokalen Stadttheaters und -museums, sondern um den Zugriff auf die audiovisuellen Medien der Zukunft. Dort sind die amerikanischen Konzerne derzeit führend, auf dem Weg zu alles beherrschenden Monopolen.

NG/FH: In der Berliner Zeitung war jüngst ein Artikel zu TTIP überschrieben mit »Angst vor der Amerikanisierung«...

Staeck: ...eines muss festgehalten werden: Der ständige Vorwurf des Antiamerikanismus geht völlig fehl. Wir richten uns gegen

die amerikanischen Konzerne, die ein unbedingtes Zugriffsrecht auch auf Europa erstreiten wollen. Bei der Gelegenheit, um nochmal das Argument zu widerlegen, es ginge generell gegen Amerika: Die Initiative für dieses Freihandelsabkommen geht wie man weiß ursprünglich von Frau Merkel aus. Deshalb ist für mich schwer zu begreifen, dass Frau Merkel nur sagt, dass sie das Abkommen will und ansonsten beredt schweigt. Mir ist nicht bekannt, dass sie sich in irgendeiner Form in diese sehr lebhaft und notwendige Debatte, die nun gegen den Willen der Verhandlungspartner anhält, produktiv einbringt.

Es greift mal wieder das klassische Prinzip: Die Sozialdemokraten werden für alles verantwortlich gemacht, was da möglicherweise schief läuft. Frau Merkel hält sich wie immer raus, obwohl es ihr Projekt ist. Das darf man nicht hinnehmen. Wo sind die Journalisten, die fragen »Wo sind Sie eigentlich, wenn das alles für Sie so wichtig ist? Warum beziehen Sie nicht Stellung zu der doch sehr breiten öffentlichen

Kritik, die gegen TTIP läuft? Warum überlassen Sie stattdessen die notwendige Auseinandersetzung den anderen? Oder planen Sie jetzt schon für den Fall eines Scheiterns des Abkommens, den Sozialdemokraten die Schuld in die Schuhe zu schieben?« Das wäre dann das alte Ritual, neu inszeniert.

NG/FH: In der Debatte wurden immer mal »Rote Linien« markiert. Noch im Frühjahr hieß es, ohne ein No-Spy-Abkommen könne mit den USA nicht wirklich verhandelt werden. Wie steht es heute um die andere Rote Linie, die bereits erwähnt wurde, das einst neokoloniale Instrument des Investitionsschutzes gehöre nicht in ein Abkommen zwischen der EU und den USA?

Staeck: Durch die geplanten ominösen Schiedsgerichte werden die Grundlagen unserer Demokratie infrage gestellt. Denn die Schiedsgerichtsverfahren zum Investitionsschutz hebeln unsere staatliche Gerichtsbarkeit aus. Amerikanische Konzerne könnten mit Unterstützung ominöser Anwaltskanzleien irgendwo auf der Welt gegen demokratische Staaten klagen, aber der Staat beispielsweise nicht auf die Einhaltung umwelt- oder arbeitsrechtlicher Standards, wenn er sie verletzt sieht. Die immer wieder ins Feld geführten Schiedsklauseln in bereits existierenden anderen Abkommen beziehen sich in der Regel auf Staaten, die eben keine geordnete, staatliche Gerichtsbarkeit haben. Hauptsächlich für diese Fälle sind solche Verfahren ursprünglich eingeführt worden. Aber niemand bestreitet doch, dass es in der EU und in Amerika eine ordentliche Gerichtsbarkeit gibt, auf die man vertrauen kann, wenn es zu Streitigkeiten kommt. Wer dennoch an diesen privaten Schiedsgerichten festhalten will, greift den Rechtsstaat frontal an und damit die Demokratie. Insofern ist dieses Abkommen – sollte es in der vorgesehenen Form je kommen – so gefährlich.

NG/FH: Geht es also ums große Ganze, um Marktgesellschaft oder soziale Demokratie – neben der Kultur äußern sich ja auch Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände?

Staeck: Ja es geht eben nicht nur um Chlorhühnchen und Autorückspiegel, über die verhandelt werden oder um Zollbestimmungen, die erleichtert werden sollen. Auch deshalb kämpfen wir nicht nur für eine Ausnahmeregelung für die Kultur. Es könnte ja durchaus sein, dass aufgrund des starken Drucks die Verhandlungspartner uns die Kultur »schenken«, dass die Kultur im klassischen Sinne ausgenommen wird.

Nach dem Stand der Dinge geht es vor allem auch um die Errungenschaften der sozialen Demokratie und die Daseinsvorsorge und nicht, wie immer behauptet wird, um die sprichwörtlichen »kleinen und mittleren Betriebe«, um versprochene neue Arbeitsplätze und durch nichts bewiesene wundersame Wachstumsraten. Wer aus CETA und TTIP wirklich Profit schlagen will, sind die Ideologen des freien Marktes. Das ist – fürchte ich – Neoliberalismus in der übelsten, radikalsten Form. Deswegen kann es sich vor allem eine Sozialdemokratie nicht leisten, auch nur den kleinen Finger zu reichen.

Ganz persönlich kämpfe ich nach 54 Jahren in der SPD auch um meine Mitgliedschaft. Schließlich geht es um die Verteidigung jener Werte, für die ich mein ganzes politisches Leben gestritten habe und die ich bei der SPD am besten aufgehoben sehe. Deshalb hoffe ich, dass sie jetzt nicht schwächelt und welchen Erpressungsversuchen auch immer nachgibt. In meinem Engagement in dieser Frage geht es mir um unser ur-sozialdemokratisches Erbe und Verständnis von Demokratie und Freiheit.

NG/FH: Zum Schluss: Wie sollte nun mit TTIP umgegangen werden? Pauschale Ablehnung, transparenter Neustart – oder

unter welchen Bedingungen ist es möglich, nicht doch letztlich zuzustimmen?

Staeck: Ich bin ja Mitglied des Beirates, den der Wirtschaftsminister eingerichtet hat. Dort sitze ich Seite an Seite mit den Befürwortern, aber auch mit den Gegnern aus den Umweltverbänden, Gewerkschaften und verschiedenen anderen Organisationen. Und da ich dieses Gremium nicht nur als Besäftigungs- und Alibigremium sehe, sondern davon ausgehe, dass der Wirtschaftsminister ernsthaft an Beratung interessiert ist, vertraue ich darauf, was Sigmar Gabriel zu verschiedenen Anlässen immer wieder betont hat. So halte ich mich an seinen Beitrag im »Vorwärts«: »Es wird kein Freihandelsabkommen geben, bei der rechtsstaatlich getroffene, demokratisch legitimierte Entscheidungen von Parlamenten, die dem Allgemeinwohl dienen, durch internationale Konzerne vor Schiedsgerichten angegriffen werden können.« Eine klare Aussage ohne Hintertür. Wenn er dabei bleibt, was ich und viele andere erwarten, die sich Sorgen um die Demokratie machen, dann kann es sein, dass dieses Abkommen nicht zustande kommt. Es wäre nicht

das erste Mal. ACTA ist auch an dem gewaltigen Protest der Bevölkerung gescheitert, als öffentlich wurde, dass geheim verhandelt wird. Das Hauptargument ist: Die Demokratie verträgt keine Intransparenz, wenn es um lebenswichtige Fragen geht.

Es geht nicht darum, den Abbau nachweislich überflüssiger und kostenintensiver Handelshemmnisse zu verhindern, sondern unsere Auffassung von Demokratie und Freiheit zu verteidigen gegen Zumutungen amerikanischer Konzerne, mit denen wir uns jetzt schon – siehe Amazon – genug herumschlagen. Fast sollten wir dem schwedischen Konzern Vattenfall »dankbar« sein, der uns vorführt, was uns blüht: Die Firma klagt gegen den geplanten Atomausstieg der Bundesrepublik. Und Philipp Morris klagt gegen Uruguay, weil dort der Raucherschutz zum staatlichen Programm gemacht wurde. Das sind deutliche Signale, die man nicht ignorieren kann. Wenn die neue Kommission diese breite Ablehnung nicht zum Anlass nimmt, noch einmal neu darüber nachzudenken, notfalls ein neues Verhandlungsmandat zu prüfen, das wirklich öffentlich zugänglich ist, dann nimmt auch die EU auf Dauer Schaden.

Herta Däubler-Gmelin

CETA, TTIP und der demokratische Rechtsstaat

In den letzten Monaten häufen sich Berichte und Kommentare zu TTIP, dem geplanten Abkommen zwischen den USA und der EU, aber auch zu CETA, dem Abkommen zwischen der EU und Kanada, das häufig als »Blaupause« für TTIP angesehen wird und noch im Herbst zur Unterzeichnung ansteht. Weniger häufig wird TISA (Trade in Services Agreement) erwähnt, das als besonderes Dienstleistungsabkommen CETA und TTIP überlagern und erweitern könnte.

Im Vordergrund steht dabei der Streit um die Frage, ob hohe Standards u.a. in den Bereichen Umwelt, Verbraucher, Arbeit und Gesundheit auf beiden Seiten des Atlantiks garantiert werden oder ob sie im Interesse einflussreicher globaler Unternehmen der Marktöffnung zum Opfer fallen. Es geht auch um die Sorge, die Abkommen könnten zu unzulässig tiefen Einschnitten in die Kompetenz von Parlamenten, Zivilgesellschaft und ordentlicher Gerichtsbarkeit führen.